



Zur Situation im Landesjugendamt

Stellungnahme der Vollversammlung des Landesjugendrings Hamburg
anlässlich der Schriftlichen Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE zur
Situation in der Sozialbehörde

Mit großer Verwunderung und Interesse haben wir die Schriftliche Kleine Anfrage (Drucksache 22/13406) der Fraktion DIE LINKE mit dem Betreff „Mobbing in der Sozialbehörde“ vom 03.11.2023 zur Kenntnis genommen.

Sollte es Mobbing, Bossing und psychische Übergriffe im Jugendamt geben, sind wir besorgt, dass sich dieses nicht nur auf die Mitarbeitenden in der Behörde sondern auch auf die verlässliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden negativ auswirkt.

Der Schriftlichen Kleinen Anfrage ist zudem zu entnehmen, dass der Verdacht besteht, dass auf Initiative des Landesjugendamtes eine pauschale Überprüfung aller Jugendverbände durch den Verfassungsschutz in die Wege geleitet worden sei. Sollten diese Vermutungen der Wahrheit entsprechen, wären wir darüber sehr irritiert und empört, verstünden dies als eine Misstrauenserklärung gegenüber allen Hamburger Jugendverbänden durch das Landesjugendamt und würden uns aktiv dagegen wenden.

Nach vielen Monaten der Krise für junge Menschen und mit den aktuellen Herausforderungen für die Jugendverbände ist eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Sozialbehörde von großer Bedeutung für uns. Dies betrifft insbesondere die jetzt zu bearbeitenden Jahresförderungen, von deren Bewilligung die Aktivitäten der Hamburger Jugendverbände im nächsten Jahr unmittelbar abhängen. Wir fordern daher eine umfassende und transparente Aufklärung über die aktuelle Situation in der Sozialbehörde und zu den vermuteten Vorgängen.

Beschlossen auf der Vollversammlung des Landesjugendrings Hamburg
am 7. November 2023